



Datum 03.11.99

Nummer 70 / 99

Presseinformation

Programm „Soziale Stadt“ startet in ganz Niedersachsen Insgesamt 88 Millionen für die Stadterneuerung und 178 Millionen für den Wohnungsbau

„Erstmals wird die Städtebauförderung um die Komponente „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf-die soziale Stadt“ erweitert“, erklärte die Niedersächsische Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales, Heidi Merk, am (heutigen) Mittwoch anlässlich der Vorstellung des Städte- und Wohnungsbauprogramms 1999 in Niedersachsen.

Ministerin Merk betonte dabei die Ausrichtung auf die neuen Aufgaben und Herausforderungen in den Städten und Gemeinden. Das Programm „Soziale Stadt“ stehe neben der klassischen Städtebauförderung und trage dem Städtebau- wie sozialpolitisch bedeutsamen Feld der Sanierung von sozialen Brennpunkten Rechnung. „Die Ursachen für soziale Brennpunkte sind komplex. Deshalb gibt es keine Patentrezepte. Wir können vor allem für die Bündelung und Abstimmung verschiedener Ressourcen, zum Beispiel aus den Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderprogrammen, Sorge tragen“, verdeutlichte die Ministerin weiter und sagte für 1999 die ersten Maßnahmen in Stadtteilen von Emden, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Nienburg, Nordenham, Northeim, Oldenburg und Stade zu.

Das neue Programm hat das Ziel, die Lebensqualität in den betroffenen Stadtteilen nachhaltig zu steigern. Neben der Schaffung von mehr Sicherheit im öffentlichen Raum sowie Verbesserung des Infrastrukturangebotes, Beschäftigungsimpulsen durch Stärkung der lokalen Wirtschaft, Schaffung und Sicherung örtlicher Arbeitsplätze sowie Qualifizierung von Arbeitsuchenden und helfenden Angeboten für die Jungen und Mädchen erwartet Ministerin Merk hier eine Verbesserung der Wohnverhältnisse.

Merk erwähnte in diesem Zusammenhang, dass die Freien Träger der Jugendhilfe die Möglichkeit hätten, sich für den jeweiligen Stadtteil am Konzeptwettbewerb des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) für das Modellprogramm „Freiwilliges Soziales Trainingsjahr“ zu beteiligen.

Insgesamt könne den benachteiligten Stadtteilen auch das Wohnungsbauprogramm 1999 wirksam helfen, das mehr und mehr in Richtung soziale Stadtsanierung umgesteuert werde.

"Es ist höchste Zeit, den benachteiligten Stadtteilen zu helfen", so Ministerin Merk. In der gegenwärtigen Wohnungsmarktlage sei es wichtiger, hier Wohnungen und Wohnumfeld verbessern, als zusätzliche Neubauten zu fördern. Deshalb sei ergänzend zu den bisherigen Förderarten die Möglichkeit geschaffen worden, insbesondere in sozialen Brennpunkten die Modernisierung von Miet- und Eigentumswohnungen zu fördern, führte Heidi Merk weiter aus. Gewährt würden zinslose Darlehen bis zur Hälfte der entstehenden Kosten - auch dann, wenn das Wohnumfeld - zum Beispiel durch Mietergärten - neu gestaltet werde.

Für die ersten 168 Wohnungen im hannoverschen Stadtteil Vahrenheide sei eine Förderzusage schon erteilt worden. Das Land werde sich hier mit 5,5 Millionen Mark engagieren.

Aber auch die Eigentumsbildung werde künftig in benachteiligten Stadtteilen gefördert. Wer eine Wohnung kaufen und selbst einziehen wolle, könne mit einem zinslosen Darlehen bis zu 50.000 Mark rechnen.

"Das trägt zur sozialen Stabilität des Stadtteils bei", stellte Frau Merk fest. "Zusammen mit dem Städtebauförderungsprogramm "Soziale Stadt" haben wir damit eine gute Grundlage, um den Kommunen bei der Stabilisierung schwieriger Stadtteile wirksam zu helfen."

Ministerin Merk hob abschließend besonders hervor, dass jede Fördermark in der Stadtsanierung und im Wohnungsbau bis zu acht Mark an privaten und öffentlichen Folgeinvestitionen mobilisieren könne. Die Städtebauförderung sei dabei mit ihrer Bündelungswirkung das mit Abstand wirksamste und beschäftigungsintensivste Konjunkturprogramm. In keinem zweiten Investitionsbereich könne durch den Einsatz staatlicher Mittel eine so hohe Anstoßwirkung erzielt werden.